

1

1 Redaktion: Juliane Nagel, Marko Forberger, Holger Weidauer

2 **Entwurf der Drogen- und suchtpolitische Leitlinien der Partei DIE** 3 **LINKE. Stadtverband Leipzig**

4

5 **Einleitung**

6 Psychotrope Substanzen sind generell alle Wirkstoffe pflanzlicher, körpereigener oder
7 chemisch-synthetischer Herkunft, die das Zentralnervensystem von Lebewesen
8 beeinflussen, unabhängig davon, ob der Erwerb oder der Besitz dieser Substanzen
9 erlaubt oder verboten ist.

10 Sie sind seit jeher Begleiter vieler Menschen.

11 Wochenende für Wochenende besuchen zahlreiche Menschen Bars, Diskotheken und
12 Clubs oder Treffen sich zur Familienfeier in den eigenen vier Wänden, in denen neben
13 Tabak und Alkohol auch illegalisierte Drogen konsumiert werden.

14

15 Der Begriff Droge wird in der Gegenwart zumeist verengend für jene Stoffe
16 angewandt, deren Herstellung und Verbreitung verboten sind. Er wird undifferenziert
17 aus dem vom Menschen gesetzten Recht abgeleitet. Diese Verengung wiederum führt
18 zu der irrealen Aufteilung der psychotropen Substanzen in "Betäubungsmittel", den
19 illegalisierten Drogen, einerseits und "Genussmittel", den legale Drogen, andererseits.

20

21 **Sucht** ist keine ansteckende Krankheit. Sie wird nicht automatisch durch den Konsum
22 bestimmter Substanzen ausgelöst. Sucht kann verschiedene Ursachen haben. Das
23 Gefährdungspotential für den Menschen hinsichtlich einer möglichen Sucht liegt in der
24 psychosozialen Abhängigkeit von einem irrealen Lebensgefühl. Dieses scheinbar
25 übermächtige Bedürfnis, von dem Menschen psychisch und physisch abhängig werden
26 können und das sich auch auf Suchtmittel richten kann, heißt Sucht. Sucht als
27 behandlungsbedürftige Krankheit liegt vor, wenn sie eine Eigendynamik und
28 Zwanghaftigkeit annimmt, die den Einzelnen und die Einzelne nicht mehr frei
29 entscheiden lässt. In Verbindung mit Suchtmitteln heißt süchtiges Verhalten mit
30 Krankheitswert Suchtmittelabhängigkeit, d.h. der oder die Abhängige kann mit dem
31 Suchtmittel nicht mehr selbstentscheidend umgehen.

32 Abhängigkeit bezeichnet jenes Verlangen, das nach einer beständigen Wiederholung
33 der Einnahme stofflicher Suchtmittel oder von Verhaltensweisen im Zusammenspiel
34 mit nichtstofflichen Suchtmitteln, strebt, um Lustgefühle zu wecken oder aber
35 Schmerzen zu vermeiden. Kennzeichnend sind: Gewöhnung, Kontrollverlust und
36 Wiederholungsdrang.

37 **Grundsätze linker Drogen- und Suchtpolitik**

38

39 Die herrschende Bundes - wenn nicht gar globale - Drogenpolitik folgt dem Leitbild
40 einer drogenfreien Gesellschaft und trägt eine repressionsorientierte Handschrift. Die
41 Kriminalisierung von DrogengebraucherInnen, das Verbot bestimmter psychoaktiver
42 Substanzen und die Tabuisierung von realitätsbezogenen Rauscherfahrungen hat
43 jedoch fatale, vor allem gesundheitsschädigende Folgen. Menschen werden dadurch
44 daran gehindert, selbstbestimmt und verantwortungsvoll mit Drogen umzugehen.

45

46 DIE LINKE steht für eine emanzipatorische Drogen- und Suchtpolitik. Deren
47 Ausgangspunkt ist die Erkenntnis und Anerkennung, dass es eine drogenfreie
48 Gesellschaft nie gab, nicht gibt und auch nicht erstrebenswert ist.

49

50 Im Sinne eines wirkungsvollen Gesundheits- und Verbraucherschutzes fordert DIE
51 LINKE eine umfassende Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen und eine

2

1

52 Entkriminalisierung des Drogenkonsums an sich. Das schließt die langfristige
 53 Legalisierung der derzeit verbotenen Drogen ein. Legalisierung bedeutet
 54 Gesundheitsschutz, weil so der Schwarzmarktverkauf von verunreinigten Substanzen
 55 wirkungsvoll unterbunden und durch eine kontrollierte Abgabe in Apotheken oder
 56 zertifizierten Läden ersetzt werden kann. Legalisierung würde außerdem einer
 57 wirkungsvollen Aufklärungs- und Präventionsarbeit den Weg frei machen, die Konsum
 58 nicht verteufelt, sondern einen kompetenten und verantwortungsvollen Umgang mit
 59 diesem ermöglichen würde. Auch legale und gesellschaftliche akzeptierte Drogen, z.B.
 60 Alkohol und Nikotin, und Suchtverhalten in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z.B.
 61 Spiel-, Kauf-, Esssucht, müssen Teil einer vorurteilsfreien Aufklärungsstrategie sein, die
 62 bereits im frühen Kindesalter ansetzt.

63
 64 Die kommunalen Spielräume für eine emanzipatorische Drogen- und Suchtpolitik
 65 unterliegen durch die Bundes- und Landesgesetzgebung einem engen Rahmen.

66

67 **Drogen- und Suchtpolitik in der Kommune**

68 Im Mittelpunkt der kommunalen drogen- und suchtpolitischen Strategie der LINKEN in
 69 Leipzig steht die Nutzung der Spielräume vor allem im Aufklärungs-/ Präventions- und
 70 Hilfebereich.

71 Dabei zielen unsere politischen Ansätze auf die Schaffung von Voraussetzungen für ein
 72 selbstbestimmtes Leben, mit oder ohne psychoaktive Substanzen.

73 Drogenhilfe ist Teil der Suchthilfe und Bestandteil der Hilfe für Menschen, die durch
 74 den Konsum psychoaktiver Substanzen unter illegalen Bedingungen gefährdet,
 75 beeinträchtigt oder geschädigt sind. Suchthilfe wendet sich auch den legalen
 76 psychoaktiven Substanzen sowie nicht-stoffbezogenen Abhängigkeiten zu.

77 Kommunale Drogenhilfe sollte sozial- und gesundheitspolitisch motiviert und
 78 entsprechend fachlich begründet sein. Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher
 79 Problemlagen, die aus dem Konsum psychoaktiver Substanzen unter illegalen
 80 Bedingungen erwachsen, muss die Drogenhilfe einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.
 81 Darum ist sie in der Praxis mit dem Dilemma von Abhängigkeit und Krankheit vs.
 82 Kriminalisierung konfrontiert.

83 **Handlungsansätze**

84 Die LINKE Leipzig tritt im Interesse der KonsumentInnen für niedrigschwellige
 85 Hilfsangebote sowie eine humane Ausrichtung der drogenpolitischen Maßnahmen
 86 seitens der Stadt ein.

87

88 Wobei die kommunale Drogenpolitik sich an den Schwerpunkten:

89

- 90 - Prävention
- 91 - Therapie und Beratung sowie
- 92 - Überlebenshilfe/ Schadensminimierung

93

94 orientieren soll.

95

96 Die kommunale Drogenpolitik kann nur in der Zusammenarbeit aller mit der
 97 Problematik befassten Bereiche auf Bundes- und Landesebene, der Krankenkassen,
 98 der Rentenversicherung, des Jobcenters, der Wohlfahrtsverbände, Vereine und
 99 Verbände, Interessensvertretungen von KonsumentInnen, der Universitäten und
 100 Hochschulbereiche und anderer Institutionen und auch der Polizeidirektion erreicht
 101 werden.

102

103 Wichtig für eine wirksame kommunalen Drogenpolitik ist ein abgestimmtes Vorgehen
 104 zwischen Stadt und Polizeidirektion, wobei aber streng darauf geachtet werden muss,
 105 dass die kommunalen Aufgaben Prävention, Therapie, Beratung und Überlebenshilfe
 106 nicht für die polizeiliche Ermittlungsarbeit gegen DrogenkonsumentInnen missbraucht
 107 werden, die die Hilfsangebote der Kommune in Anspruch nehmen. Einrichtungen der
 108 Drogenhilfe und SozialarbeiterInnen sind keine HilfspolizistInnen.

109

110 **Prävention**

111 Präventionsmaßnahmen müssen grundsätzlich das Ziel haben, Lebens- und
 112 Alltagskompetenzen im Umgang mit potentieller Abhängigkeit zu stärken.
 113 Gesundheitsprävention im Zusammenhang mit Drogenkonsum zielt zum einen auf die
 114 Vermeidung eines Abhängigkeitssyndroms, zum anderen aber auch auf die
 115 Verringerung der Risiken für gesundheitliche Folgeschäden.

116

117 Drogenkonsum ist gerade auch ein Phänomen, das Jugendliche tangiert, da diese in
 118 ihrer Entwicklungsphase bestrebt sind, Neues zu entdecken und Erfahrungen zu
 119 sammeln. Hier bedeutet Prävention auch Intervention, um die Herausbildung
 120 gesundheitsschädlicher Konsummuster zu vermeiden.

121

122 Die verschiedenen Drogen, Konsummuster und -kontexte bergen auch
 123 unterschiedliche gesundheitliche Risiken in sich. Prävention soll daher differenziert
 124 und zielgruppenspezifisch ausgerichtet sein.

125

126 Der Erhaltung und Weiterentwicklung der gesundheitspräventiven Angebote,
 127 insbesondere deren fachübergreifende Vernetzung und der Absicherung der
 128 Flächendeckung gilt unser Augenmerk.

129

- 130 - Die Arbeitsweise und Wirkung des bestehenden Hilfesystems ist in geeigneter Form
 131 zu evaluieren, weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Innovative
 132 Arbeitsmethoden, wie z.B. das Case Management, sind fester Bestandteil des
 133 Suchthilfesystems. Es muss der Gefahr vorgebeugt werden, dass das
 134 Hilfesystem am realen Bedarf vorbei agiert.
- 135 - Der gesundheitspräventiven Arbeit soll neben den einschlägigen Hilfsangeboten
 136 zukünftig in allen lebensnahen Bereichen von Kindern, Jugendlichen und
 137 Erwachsenen ein größeres Schwergewicht verliehen werden.
- 138 - Repressionen und beherrschende "Zeigefingerpädagogik" sind dabei ungeeignete Mittel,
 139 um junge Menschen zu erreichen. Präventionsarbeit muss die Förderung von
 140 Lebenskompetenzen, Konfliktbewältigung und Handlungsstrategien in den
 141 Mittelpunkt ganzheitlicher sowie interdisziplinärer Präventionskonzepte stellen.
 142 Die LINKE Leipzig unterstützt Modelle der Gesundheitsprävention mit dem
 143 Ansatz der 'PEER- EDUCATION' und der Drogenmündigkeit.
- 144 - Maßnahmen der Frühintervention und Ausstiegshilfen bei riskantem Drogengebrauch
 145 sind im Sinne der sekundären Prävention zu etablieren und zu intensivieren.
- 146 - Die erreichte Vernetzung in Leipzig ist weiter zu verstärken und zu qualifizieren. Die
 147 Umsetzung bestehender Präventionskonzepte muss durch autorisierte und
 148 koordinierende Strukturen langfristig gesichert werden.
- 149 - Für kontinuierliche Gesundheitspräventionsarbeit an Schulen sind die Leistungen
 150 von Ämtern und Freien Trägern im Jugendhilfebereich festzuschreiben und
 151 fachübergreifender gesundheits-/ suchtpreventiver Unterricht in allen Schulen
 152 der Stadt Leipzig einzuführen.
- 153 - Es ist notwendig, die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften wie LehrerInnen,
 154 ErzieherInnen, PsychologInnen, MedizinerInnen und SozialpädagogInnen
 155 hinsichtlich moderner Konzeptionen der primären Suchtprevention zu
 156 qualifizieren.

157

158 **Therapie und Beratung**

160 Vorrangiges Ziel muss es sein, Menschen, die für sich entschieden haben, eine
161 Therapie in Anspruch nehmen zu wollen, dies auch zu ermöglichen. Darüber hinaus ist
162 es wichtig, DrogenkonsumentInnen zu erreichen, bevor sie gesundheitsschädigende
163 Konsummuster oder ein Abhängigkeitssyndrom entwickeln. Dabei darf Alter und Grad
164 der Abhängigkeit keine Rolle spielen.

165 Ebenso sind niedrigschwellige Angebote erforderlich, um den DrogenkonsumentInnen
166 ohne Cleanmotivation in ihrem Lebensumfeld zu helfen und sie dann über
167 lebenspraktische Angebote wie medizinische Hilfe, Spritzentausch, Streetwork und
168 Beratung zu erreichen.

169
170 Für Abhängige mit problematischem Drogenkonsum müssen im Rahmen der
171 ambulanten oder stationären Betreuung Therapieangebote vorgehalten werden, die zu
172 einem selbstbestimmten motivieren und befähigen und gesellschaftliche Teilhabe
173 sichern.

174

175 **DIE LINKE Leipzig setzt sich ein für:**

176

177 Ambulante Betreuung für Menschen mit problematischem Konsum

178

179 - das Vorhalten niedrigschwelliger Angebote mit unkompliziertem Zugang, bzw. als
180 aufsuchende Straßensozialarbeit mit auf den Bedarf ausgerichteten
181 Lebenshilfeangeboten, wie qualifizierter ärztlicher Hilfe und die Schaffung von
182 Möglichkeiten ambulanter Therapie, sowie Ausbau von Angeboten zum Erlernen
183 kontrollierten Konsums.

184 - den Erhalt und Ausbau stadtteilnaher Anlaufstellen der ambulanten
185 Suchtkrankenhilfe in Zusammenarbeit mit freien Trägern, dem Gesundheitsamt und
186 dem Amt für Jugend, Familie und Bildung und deren adäquate personelle
187 Ausstattung (die Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. empfiehlt
188 hier einen Versorgungsgrad von 1 MitarbeiterIn : 20.000 EinwohnerInnen)

189 - die Beibehaltung des hohen Niveaus der Arbeit von Schwerpunkteinrichtungen zur
190 Krisenbewältigung mit Beratung, Begleitung, Überlebenshilfe, Zugang zur ärztlichen
191 Betreuung einschließlich der Substitution

192

193 Stationäre Betreuung für Menschen mit problematischen Konsum

194

195 - die Bestandserhaltung und den Ausbau der in Leipzig vorgehaltenen psychiatrischen
196 Abteilungen in den Krankenhäusern und der Fachklinik für Alkohol- und
197 Medikamentenmissbrauch.

198 - den Auf- und Ausbau niedrigschwelliger Ausstiegshilfen

199

200

201 Komplementäre Angebote

202

203 - den Erhalt und die Stabilisierung von komplementären Angeboten zur Förderung
204 der sozialen und Lebenskompetenzen

205

206 **Überlebenshilfe/ Schadensminimierung**

207 Die meisten Gesundheitsschäden entstehen bei den DrogenkonsumentInnen nicht
208 durch den Drogenkonsum an sich, sondern durch die, zumeist durch Kriminalisierung
209 verursachten und den Drogenkonsum begleitenden Umstände: verunreinigte Spritzen,
210 zum großen Teil gesundheitsgefährdende Streckmittel und Zusatzstoffe, die den
211 Drogen beigemischt werden, und soziale Marginalisierung.

213 Neben der schon erwähnten niedrighschwelligen medizinischen Hilfe tritt die LINKE
214 Leipzig für weitere, die Therapie begleitende, ergänzende, aber auch ersetzende
215 Maßnahmen zur Überlebenshilfe und Gesundheitsfürsorge ein.

218 **DIE LINKE Leipzig setzt sich ein für:**

220 **- Maßnahmen zur Schadensreduzierung**

221 Das Konzept der Schadensminimierung („harm reduction“) zielt auf die Abnahme der
222 mit riskantem Drogenkonsum verbundenen Risiken und Gesundheitsgefährdungen ab.
223 Diese bedingungslosen und leicht zugänglichen Maßnahmen haben vor allem
224 individuelle aber auch gesellschaftliche Effekte. Spritzentausch, Kondomausgabe,
225 Hygieneartikel, vor allem aber die Vermittlung in weiterführenden Hilfeangebote haben
226 für die Betroffenen einen individuellen Nutzen, aber auch einen
227 gesamtgesellschaftlichen Effekt.

228 In Leipzig gewährleisten vor allem Angebote der Straßensozialarbeit Angebote der
229 Schadensminimierung. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau solcher
230 schadensminimierender Angebote als Basis-Hilfe-Angebote ein.

231 **- Gesundheitsräume/ Drogenkonsumräume als Überlebenshilfe gegen HIV
232 und Hepatitis C**

234 Konsumräume sind alltagsorientierte, niedrighschwellige Angebote zur Überlebenshilfe
235 und schaffen neben den erforderlichen hygienischen Bedingungen beim
236 Drogenkonsum einen Einstieg zu den Angeboten der Suchthilfe.
237 Dadurch werden entstehende Infektionen wie HIV, Hepatitis, Abszesse und
238 Blutvergiftungen verhindert. Außerdem lassen sich in Konsumräumen Todesfälle durch
239 versehentliche Überdosierung reduzieren.

240 Eine wichtige Funktion von Gesundheitsräumen ist die Entspannung an sozialen
241 Brennpunkten der Stadt. Die Verunreinigung und die damit verbundene
242 Infektionsgefahr durch Spritzen und spezifischem Drogenmüll auf Kinderspielplätzen
243 und in Parkanlagen wird deutlich vermindert. Zwar wird die Schaffung von
244 Konsumräumen eine Konzentration von Abhängigen im Umfeld nach sich ziehen. Dies
245 ist aber ordnungspolitisch durchaus gewollt, das Geschehen kann so in die
246 kontrollierten und geschützten Räume verlagert werden.

247 Die Stadt Leipzig kann diese Maßnahme im Moment nicht umsetzen, da die
248 gesetzlichen Grundlagen dies verhindern. Zwar wurden mit der Änderung des
249 Betäubungsmittelgesetzes vom 1. April 2000 die Landesregierungen ermächtigt,
250 durch Rechtsvorschrift die Voraussetzung für die Erteilung einer Erlaubnis für den
251 Betrieb von Drogenkonsumräume zu regeln. Dies ist im Freistaat aber bisher noch
252 nicht umgesetzt worden.

253 Die LINKE Leipzig fordert daher die Stadt Leipzig auf, sich bei der Landesregierung
254 Sachsen dafür einzusetzen diese Rechtsvorschrift zu erlassen.

256 **- Drug-Checking**

258 Drug-Checking ist eine Interventionsstrategie zur Erhaltung der Gesundheit. Durch die
259 Veröffentlichung der Laboranalysen von auf dem Schwarzmarkt erhältlichen Drogen ist
260 es den DrogengebraucherInnen möglich, die mitunter deutlich unterschiedlichen
261 Wirkungsweisen der in den Drogen enthaltenen Substanzen abzuschätzen, dadurch
262 gefährliche Überdosierungen zu vermeiden und den Konsum lebensgefährlicher
263 Streckmittel zu verhindern.

11
264 Auch das Drug-Checking kann aufgrund der gesetzlichen Vorschriften in Leipzig
265 derzeit nicht angeboten werden. Die LINKE Leipzig fordert deshalb die
266 Bundestagsfraktion auf, sich für eine entsprechende Gesetzesinitiative einzusetzen.
267

268

269 - **Substitutionsangebote**

270

271 Die Linke Leipzig begrüßt Substitutionsangebote, mit denen unter ärztlicher Aufsicht
272 Ersatzstoffe an Menschen mit schwerster Opioid-Abhängigkeit ausgereicht werden. Die
273 Zahl der substituierenden MedizinerInnen ist rückläufig. ÄrztInnen haben oftmals zu
274 geringe Anreize, eine Substitutionsbehandlung anzubieten, da ein geringer Verdienst
275 einem hohen Aufwand entgegensteht. DIE LINKE Leipzig unterstützt landespolitische
276 Bemühungen der Landtagsfraktion, die diamorphingestützte Substitution aus
277 gesundheitspolitischen Gründen zu ermöglichen und der Methadon-Substitution zu
278 bevorzugen.

279

280 Die Ziele der Substitutionsangebote sind:

281

- 282 ·Verminderung/Verhinderung von Folgeerkrankungen
- 283 ·Entkriminalisierung/Verminderung von (eventueller) Beschaffungskriminalität
- 284 ·finanzielle Stabilisierung
- 285 ·Sicherung der Wohnversorgung
- 286 ·Wiedereinstieg in das (Berufs)Leben bzw. Sicherung des Arbeitsplatzes
- 287 ·Erleichterung des Ausstiegs aus dem Umfeld Opiate konsumierender
288 DrogengebraucherInnen
- 289 ·Verhinderung von Überdosierungen oder Schädigungen

290